

# Presseinformation

## „Bachelor welcome!“ in der Hightech-Industrie

- Informatik bei der Umstellung auf neue Abschlüsse vorne
- Akzeptanz bei Studierenden in einigen Fächern unzureichend
- BITKOM: Reform nutzen, um Erstsemesterzahlen zu erhöhen

**Berlin, 5. Oktober 2006**

Die Umstellung der Studiengänge auf die neuen Abschlüsse Bachelor und Master ist im Fach Informatik am weitesten fortgeschritten. Nach einer aktuellen BITKOM-Auswertung des Hochschulkompasses bieten zum Wintersemester 2006/2007 bereits 65 Prozent aller Informatikstudiengänge die neuen Abschlüsse an. Es folgen die Elektrotechnik mit 63 Prozent und der Maschinenbau mit 56 Prozent. „Die reformfreudigen Informatik-Fakultäten führen die neuen Strukturen schnell und flexibel ein“, sagte Walter Raizner, Vizepräsident des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM), zum Start des Wintersemesters. „Angesichts sinkender Anfängerzahlen ist es erfreulich, dass die Informatikstudiengänge mit der Reform für die Studierenden attraktiver werden.“ Weit zurück bei der Umstellung liegen die Mathematik mit einer Quote von 33 Prozent und die Physik mit 37 Prozent. In der Fächergruppe Kunst und Musik sind es sogar nur 19 Prozent.

Bundesverband  
Informationswirtschaft,  
Telekommunikation und  
neue Medien e.V.

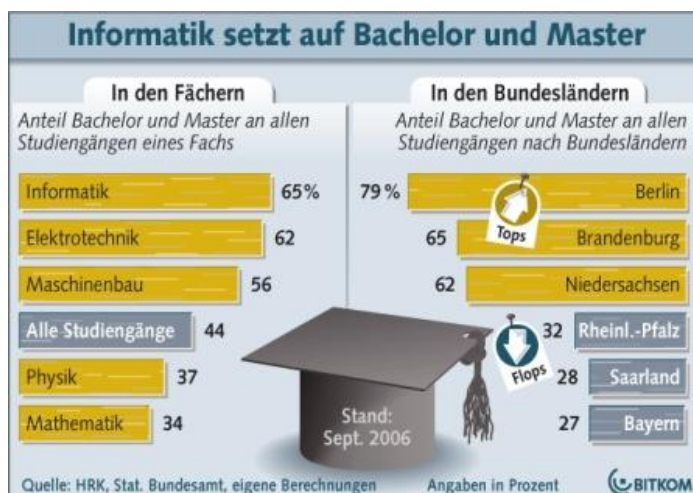
Albrechtstraße 10  
10117 Berlin  
+49. 30. 27576-0  
Fax +49. 30. 27576-400  
bitkom@bitkom.org  
www.bitkom.org

**Ansprechpartner**  
Maurice Shahd  
Pressesprecher  
Wirtschaft und Politik  
+49. 30. 27576-114  
Fax +49. 30. 27576-400  
m.shahd@bitkom.org

Dr. Stephan Pfisterer  
Bereichsleiter Bildung,  
Personal, E-Learning  
+49. 30. 27576-135  
Fax +49. 30. 27576-400  
s.pfisterer@bitkom.org

**Präsident**  
Willi Berchtold

**Hauptgeschäftsführer**  
Dr. Bernhard Rohleder



## Presseinformation

„Bachelor welcome!“ in der Hightech-Industrie

Seite 2

Demnach sind zum Wintersemester 2006/2007 im Durchschnitt 44 Prozent aller bundesweit 11.500 Studiengänge auf das neue System umgestellt, im Sommersemester waren es noch 36 Prozent. Große Differenzen gibt es bei der Umsetzung in den einzelnen Bundesländern: Berlin ist mit 80 Prozent der Studiengänge am weitesten vorangekommen, gefolgt von Brandenburg und Niedersachsen. Am langsamsten sind Bayern und das Saarland mit weniger als 30 Prozent. Von den Studierenden werden die neuen Angebote je nach Studienfach sehr unterschiedlich aufgenommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes schreibt sich in der Informatik jeder zweite Anfänger in die neuen Studiengänge ein, in der Mathematik ist es jeder dritte und im Maschinenbau nur jeder vierte. Grund für die Akzeptanzprobleme ist die Diskussion über die angeblich mangelnde Qualität der neuen Studiengänge, insbesondere in den technischen Fächern. „Mit der Verunsicherung der Schulabgänger muss Schluss sein“, sagte Raizner. „Die Unternehmen sind mit den Absolventen der neuen Studiengänge hoch zufrieden. Für die Hightech-Branche gilt: Bachelor welcome!“

Aus Sicht der ITK-Wirtschaft ist eine zügige Reform der Studienangebote ein wichtiges Instrument, um die Attraktivität des deutschen Hochschulsystems zu verbessern und die Studienzeiten zu verkürzen. Zudem eröffnen Bachelor-Studiengänge die Chance, die im internationalen Vergleich viel zu geringe Zahl von Studierenden in Deutschland zügig zu erhöhen. Raizner: „Die Politik in Bund und Ländern muss dringend etwas gegen die rückläufigen Anfängerzahlen in den Naturwissenschaften, der Informatik und den Ingenieurwissenschaften unternehmen, damit das deutsche Hochschulsystem international wettbewerbsfähig bleibt.“

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 1.000 Unternehmen, davon 800 Direktmitglieder mit etwa 120 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Gerätehersteller, Anbieter von Software, IT-Services, Telekommunikationsdiensten und Content. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.